

**Annoncen-Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Bühnenstr. 16.)  
bei C. H. Uricl & Co.  
Brückstraße 14.  
in Gries bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Reichand,  
in Breslau b. Emil Kabath.

**Annoncen-Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien,  
bei C. F. Danne & Co.,  
Hauptstadt & Vogler,  
Rudolph Albrecht.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Invalidenten.“

Nr. 593.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

**Freitag, 25. August**  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserte 20 Pf. die sechszeilige Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1876.

## Amtliches.

**Berlin, 24. August.** Der Kaiser und König hat im Namen des deutschen Reiches den Kaufmann J. C. Glade zu Honolulu zum Kon-  
sul des deutschen Reiches für die hawaiischen Inseln ernannt; die von  
dem Direktorium der Kirche ausges. Konfession zu Straßburg vorge-  
nommene Ernennung des Pfarrverweisers Friedrich Bida in Ger-  
heim zum Pfarrer in Niedersteinbach, Bezirk Unter-Elsaß, bestätigt.

## Deutschlands Konflikt mit China.

Ueber die Erledigung der Streitfrage, welche das deutsche Reich  
mit China zu ordnen gehabt, schreibt ein Berichterstatter der „Allg.  
Ztg.“ aus Hong-Kong vom Ende Juni Folgendes:

Die deutschen Korvetten Ariadne und Hertha werden binnen Kur-  
zem die chinesischen Gewässer verlassen und dann übernimmt das Ka-  
nonenboot Cyclop mit ein oder zwei Geschossen wieder die alleinige  
Ueberwachung der deutschen Interessen hier im fernen Osten. Fragt  
man nun: Was hat die Machtentfaltung unserer maritimen Streit-  
kräfte genutzt? so läßt sich darüber zunächst sagen, daß die Chinesen  
gesehen haben, daß Deutschland sehr langmüthig sein kann, daß aber  
auch bei uns eine allzu große Geduldspannung den Faden zum Zer-  
reißen bringen kann, und drittens, daß Deutschland sehr bescheiden in  
seinen Forderungen ist, daß es aber auch dabei bleibt und den Muth  
hat, sie zu erzwingen, wenn es nöthig ist. Daß ein solcher Zwang  
nicht nöthig geworden, wenigstens nicht eine ausdrückliche Kriegser-  
klärung und der Donner der Kanonen, darüber kann man sich ja nur  
freuen. Auf der andern Seite wirft diese ganze Angelegenheit aber  
auch ein Licht auf die chinesischen Zustände, wie wir sie deutlich nicht  
sehen können. Nämlich dies: China will alle Rechte der Verträge mit  
den Fremdmächten genießen, aber keine Pflichten tragen; und es wird  
letztere so lange umgehen, als es nicht mit erdrückender Macht zur  
Erfüllung gezwungen wird. Man wird sich erinnern, daß Briefe  
des Konfuzius, Vorstellungen des Gefandten und das Herandampfen  
von zwei Kriegsschiffen nichts halfen, bis — mehr Kriegsschiffe von  
Deutschland gekommen waren und die Sache ernst wurde. Da  
ward ein Abkommen leicht, und auch dies läßt uns wieder einen  
Einblick in chinesische Verlogenheit und heuchlerische despotische  
Verwaltung thun. Als die Ermordung des Kapitän und  
Steuermanns der „Anna“ und die Beiseitejagung von Schiff  
und Ladung dem General-Gouverneur der Provinz Futschau durch  
unsern deutschen Konful angezeigt worden war, nahm dieser sich der  
Sache nur wenig an; aber an Briefschreiben und bösslichen Neben-  
arten ließ er es nicht fehlen. Damit war den Deutschen aber nicht  
gedient, und daher unsere Klagen in dieser Zeitung. Bei der Ankunft  
der Kriegsschiffe schlug der Ton um. Der General-Gouverneur über-  
gab die Sache dem Gouverneur Ting, einem fähigen Beamten, zur  
Erledigung. Und der hat sie erledigt, und zwar so geschickt, daß  
er immer den Weg bezeichnet, den er eingeschlagen hat. Denn so will  
es ja das internationale Gesetz und der Vertrag Deutschlands mit  
China. Wenn eure Landesangehörigen unsere deutschen Kanoniere  
ermorden, so sollt ihr die Bösewichter strafen, und wer unser Eigen-  
thum zerstört, der soll sein Eigentum wieder zerstört werden.  
Gouverneur Ting sah also die Alten ein und fand, daß die Beamten  
nicht ihre Schuldigkeit gethan hatten. Natürlich nicht; denn von oben  
hatte ja der Wind geweht, daß man die deutschen Barbaren hin-  
schleudern, hänseln, mit vielen hohen Worten und wenigen Thaten abspen-  
solen solle. Das behagte allen Unterbeamten, und wehe dem, der sich von  
einem Winde nicht treiben ließe! Nun kamen die Kriegsschiffe, nun  
kamen die Forderungen, nun war das Kaviren zu Ende, nun wehte  
entgegengekehrter Wind von oben her; was Wunder, daß die Wellen  
hoch und Menschen und Sachen in Trümmern gingen, die vorher stolz  
dahingefegelt? Von Peking kam der gereinigte Befehl, die Sache zu  
ordnen, der General-Gouverneur händigte ihn weiter, der Gouver-  
neur Ting von Fuchien beauftragte den Handelsdirektor Si in Futschau  
damit, während die schlafte frühere Untersuchung von dem in gleichem  
Ränge stehenden Provinzialrichter Tsun geleitet worden war.

Wie schnell nun Alles ging und wie die Schuldigen gefunden  
wurden, das würde zu weit führen, im Einzelnen mitzuthellen. Hal-  
ten wir uns an den Ergebnissen. 1) Neung-sei, der Anstifter des  
merkwürdigen Unternehmens gegen das Schiff Anna, wird geköpft. 2)  
Dessen nächster Helfershelfer, Ying-tching, wird erbrockelt. 3) Der  
Matrose Jung-li hat sich am Bord und an der Beute nicht bethei-  
ligt, aber er hat darum gewußt und den Kapitän nicht gewarnt. Er  
bekommt 100 Hiebe und 2 Jahre Verbannung in eine andere Provinz.  
4) Auf die Haftverurteilung des zweiten Hauptmörders Apat hat die  
Regierung eine Prämie von 1000 Dollars gesetzt, wie auch auf die  
der beiden andern bisher noch nicht verhafteten Uebeltäter je 500  
Dollars. 5) Die Hefler, welche dem Reis vom Schiff in ihre Häuser  
tragen ließen, bekommen Bambushiebe. 6) In den Dörfern Pa-  
chung und Sei-hung sind sechs Heflerhütten verbrannt worden.  
7) Die Träger, welche den Reis vom Schiff in die Häuser brachten,  
wie auch die Dorfältesten, welche solche unrechte Handlung duldeten,  
sind theils mit Hieben, theils mit dem Bloß bestraft worden. 8)  
Hauptmann Lam, der über die Sicherheit der Küste zu wachen hatte  
und das Volk ungesetliche Handlungen hegen ließ, wird abgesetzt  
und vor Gericht gestellt. Er verliert seine Charge. 9) Hauptmann  
Lam hat seinen Vorgesetzten, Oberst-Lieutenant Yu und Oberst Lu,  
war keinen Bericht abgefaßt, aber nachdem sie von der Sache ge-  
hört, haben sie sich ihrer nicht mit Eifer angenommen; deshalb ver-  
urtheilt sie zeitweilig ihren Knopf (Rangzeichen), bis sie anderweitig  
durch würdige Betragen ihn wieder gewinnen. 10) Der Kreis-  
mandarin Tschi wird verurtheilt, weil er die Untersuchung liegen ließ  
und die Mörder nicht verhaftete. 11) Die gefundenen Vorräthe sind  
verkauft worden und den Heflern Geldstrafen auferlegt; macht zu-  
sammen 13,880 Dollars, welche dem Konful für die Schiffseigenen  
ausgegeben worden sind. Das alles sind chinesische Trümmern,  
Trümmern von Menschen und Dingen, die aus der Zertrümmerung  
des Schiffes Anna hervorgegangen sind. Der Konful hat dann noch  
verlangt, daß einige kleine Schuppen, welche sich an das Brack ge-  
macht und Sachen fortgenommen hatten, verbrannt werden sollen.  
Diese Forderung wurde sofort zugefanden. Der Konful ist sodann  
von Amoy nach Futschau gekommen, hat dem Gouverneur Ting seine  
Aufwartung gemacht und wurde mit hohen Ehrenbezeugungen em-  
pfangen. Nun konnten die Kriegsschiffe gehen. Sie hatten ihre  
Schuldigkeit gethan oder doch wenigstens den schwarzen Mann ge-  
macht, womit man Kinder fadert. Die Schiffe sind vorläufig über  
Hongkong nach Manila gegangen.

So weit wäre Alles gut, aber unwillkürlich fragt man: Soll man  
die chinesische Regierung nicht für die Kosten der Kriegsschiffe wä-  
rend der Zeit der Verhandlungen baßbar machen, da sie säumig ge-  
wesen ist, von Anfang an dem Vertrage gemäß zu handeln? Denn

dieser bedingt mit klaren Worten, daß Piraten, oder Mörder, oder  
Räuber, die sich am Leben und Eigentum eines Deutschen vergrei-  
fen, gefangen und den Gerichten überliefert werden sollen. Zwar lau-  
tet die Bestimmung weiter, daß Stranboot dem Konful ausgeliefert  
werden solle, daß aber die Eigentümer gestrandeter oder von See-  
räubern beraubter Schiffe weiter keine Erleichterung von China for-  
dern können. Nun gut. Aber China hat seine Pflicht nicht freiwillig  
erfüllt, es hat die Bestrafung der Seeräuber und Mörder nicht eher  
unternommen, als bis es gezwungen wurde. Die Zwangsvollstreckung  
war eingeleitet; und wer in Deutschland im letzten Augenblick noch  
bezahlt, dem werden zwar die Sachen nicht zwangsweise verkauft, aber  
er hat die Kosten zu tragen. Darum sagen wir: China soll die Kos-  
ten tragen. Ist Deutschland zu nobel geworden, dann bestehe es auf  
einen Theil der Kosten und gebe ihn den Wittwen und Waisen der  
erfolglosen Schiffleute. Ich denke, der Konful hatte anfänglich eine  
höhere Summe (28,000 Dollars?) gefordert, als er bekommen hat.  
Der Unterschied von 15,000 Dollars wäre für die Wittwen und Wai-  
sen eben genug. Durch gutmüthiges Nachgeben gewinnt man in China  
nichts, sondern durch energisches Handeln. Ich füge hier noch hinzu,  
daß die Kündigung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und  
China nicht in der absoluten Weise geschehen ist, wie die erste Nach-  
richt vernommen ließ, sondern nur bedingungsweise für den Fall, daß  
die deutschen Forderungen in Betreff der Anna-Angelegenheit abge-  
lehnt worden wären. Dennoch hält der Gesandte an folgenden Er-  
weiterungen der Verträge fest: a. Oeffnung mehrerer Häfen; b. Ab-  
schaffung der Inlandzölle; c. Tariferniedrigungen für gewisse Artikel.

## Brief- und Zeitungsberichte.

**Berlin, 24. August.**

Der Kaiser hat hiesigen Blättern zufolge für die Abge-  
brannten in Granobice und Schleusingen aus seiner Pri-  
vatkassette ebenfalls je 1000 Mark bewilligt. Die erstere Summe  
ist dem Minister des Innern Grafen zu Eulenburg, die letztere dem  
Regierungspräsidenten zu Erfurt durch den Geh. Hofrath Bork bereits  
übermittelt worden.

Man schreibt der „Voss. Ztg.“: Die allgemein gehegte Er-  
wartung, daß durch Lösung der Frage wegen Verlegung des Staats-  
jahres dem namentlich in den letzten Jahren fühlbar gewordenen Be-  
dürfnis einer günstigeren Einführung der parlamentarischen Geschäfte  
Rechnung getragen werden würde, scheint nicht erfüllt werden zu  
sollen. Ein gleichzeitiges Tages des Reichstages und des preu-  
sischen Landtags während der ersten Session der neuen Le-  
gislaturperiode wird sich unter keinen Umständen vermeiden lassen,  
da der nächste Landtag spätestens am 16. Januar zusammentreten und  
der neue Reichstag den Reichshaushaltsetat vom 1. April 1877 bis  
31. März 1878 vor dem 1. April l. J. zum Abschluß bringen muß.  
Auch für die Zukunft wird sich dieser Uebelstand zeigen, wenn nicht  
zeitig ein Einvernehmen über die zweckmäßigste Vertheilung der par-  
lamentarischen Geschäfte zwischen Volksvertretung und Regierung er-  
zielt werden wird. Nach uns zukommenden Mittheilungen hält die  
Reichsregierung an der Absicht fest, die regelmäßigen Sessionen des  
Reichstages in die ersten Monate des Jahres zu verlegen, obgleich  
bei den Verhandlungen über die Vorlage wegen Verlegung des Staats-  
jahres im Reichstage ausdrücklich konstatiert wurde, daß damit über  
die Zeit der Einberufung des Reichstages noch nicht entschieden sei.  
Die preussische Regierung dagegen hat für den Landtag die letzten  
Monate des Jahres in Aussicht genommen und würde also, da die  
Staatshaushalts-Verathung im Abgeordnetenhaus 4-6 Wochen in  
Anspruch nimmt, für die Verathung anderer Vorlagen selten eine  
ausreichende Zeit übrig bleiben. Die preussische Regierung rechnet nun  
aber auf wesentliche Veränderungen in der Geschäftsbehandlung, theils  
bezüglich einer Vereinfachung der Staatshaushalts-Verathungen, theils  
bezüglich der Möglichkeit einer Fortsetzung der Gesetzes-Verathungen  
von einer zur anderen Session innerhalb derselben Legislaturperiode.  
Schwerlich wird dieser Plan, selbst wenn dessen Durchführung ohne  
Berücksichtigung der parlamentarischen Rechte möglich wäre, die Zu-  
stimmung der Volksvertretung finden. Letztere wird sich vielmehr  
weit eher für Ausdehnung der Landtagsession auf die beiden Zeit-  
räume vor und nach der Reichstagsession entscheiden, so daß die  
Zwischenzeit von Neujahr bis Ostern für größere Kommissionsarbeiten  
des Landtags Raum lassen würde. Der beste und geradeste Weg zur  
Beseitigung des in Rede stehenden Uebelstandes ist unzweifelhaft der,  
den Reichstag während der letzten Monate des Jahres und nöthigen-  
falls noch im Januar, dagegen den preussischen Landtag nach Abän-  
derung des Art. 76 der preussischen Verfassung während der dann  
noch übrig bleibenden Zeit tagen zu lassen. Dieser Weg verdient  
auch deshalb den Vorzug, weil die Aufstellung des preussischen  
Staatshaushaltsetats abhängig ist von der Feststellung des Reichs-  
haushaltsetats.

Die „Kreuz-Ztg.“ berichtet neulich, wie bekannt, über ver-  
schiedene legislatorische Arbeiten, mit denen das land-  
wirthschaftliche Ministerium gegenwärtig beschäftigt sei.  
Der „Nat.-Ztg.“ zufolge sind diese Arbeiten auf Projekte zurückzu-  
führen, von denen schon seit zwei Jahren die Rede war, ohne daß  
man der Verwirklichung näher getreten wäre. Das Blatt schreibt:

Die Kodifikation des Wasserrechts ist eine Aufgabe, an welcher  
man seit geraumer Zeit arbeitet; schon im vergangenen Jahre hoffte  
man den bezüglichen Entwurf an den Landtag gelangen zu lassen, es  
fanden sich jedoch Schwierigkeiten, denen man bis heute vergebens  
entgegen zu arbeiten bemüht war. Noch ungünstiger gestalten sich die  
Aussichten für ein Jagdgesetz. Es ist bekannt, daß Meinungsdivergenzen  
über diese Materie zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Vor-  
gänger des jetzigen Landwirtschaftsministers, dem Grafen Königs-  
mark den Rücktritt des letzteren zur Folge hatten. Man glaubte  
allgemein, daß es der großen Gewandtheit, und der besonderen Be-  
fähigung des Ministers Dr. Friedenthal, mit gegebenen Größen zu  
rechnen, und allen Anforderungen gerecht zu werden, leicht gelingen

würde, diese Schwierigkeiten zu überwinden; bislang ist dies indessen  
nicht der Fall gewesen. Eine Reihe von Vorschlägen ist gemacht,  
Sachverständige sind gehört, Gutachten abgefaßt worden, indessen  
die aufgetauchten Schwierigkeiten hielten gleichen Schritt mit den ge-  
machten Anstrengungen, und zur Zeit wäre noch gar nicht abzusehen,  
wann die Arbeiten weit genug gefördert sein möchten, um nur an  
das Staatsministerium zu gelangen. Bestätigt werden die Angaben  
bezüglich einer beabsichtigten Vorlage über die ländlichen Arbeiter-  
Verhältnisse, doch ist auch hier noch fraglich, ob die Vorarbeiten nicht  
der Reichs-Gesetzgebung über die Lage der Arbeiter im Allgemeinen  
zu Gute kommen sollen. Bei den hierauf bezüglichen Vorschlägen  
wird auch das preussische Handelsministerium theilhaftig sein. Seit  
dem Scheitern der Vorlage über Einlegung gemeinlicher Schieds-  
gerichte und Bestrafung des Kontraktbruchs arbeitet man im Han-  
delsministerium, wie bekannt, an neuen Vorschlägen in der gedachten  
Richtung und es scheint, daß man nach wie vor die Arbeiterfrage in  
ihrer Totalität wird legislatorisch regeln wollen, ohne bezüglich der  
ländlichen Arbeiter vorzugreifen.

Die Frage, was mit den Universitätsgerichten  
zu geschehen habe, dürfte ihrer Lösung wesentlich näher gerückt sein.  
Wie die „Magd. Ztg.“ mittheilt, hatte sich der Unterrichtsminister in  
Nähe auf das in Aussicht genommene Unterrichtsgesetz wie auf  
die Justizgesetz-Reform, die das Reich erstrebt, an die Universitäts-  
behörden gewandt und von diesen über die anderweitige Ausgestal-  
tung der akademischen Gerichtsbarkeit Gutachten eingefordert. In  
gleicher Weise verfahren die Kultusminister der übrigen deutschen  
Staaten, und als Resultat der stattgehabten Prüfungen des Gegen-  
standes ergibt sich, daß die Aufhebung der Universitätsgerichte als  
wünschenswerth, ja als nothwendig anerkannt worden ist. Es wer-  
den also die Rechtsfachen der Studirenden an die ordentlichen Ge-  
richte gehen, und der Universitätsrichter soll durch einen Universitäts-  
Syndikus ersetzt werden. Das Syndikat würde eine Behörde mit  
Disziplinargewalt sein, so daß fortan die Studirenden, wenn man  
will, zwischen zwei Feuer kämen. Der ordentliche Richter erkennt  
auf Grund der Landesgesetze und der Syndikus behält sich vor, den  
einzelnen Fall als Disziplinarinstanz ins Auge zu fassen. Die  
Universitätsbehörden wollen nicht all und jeder Strafgewalt be-  
raubt sein, und deshalb bestehen sie auf der Errichtung des Syndi-  
kats, wogegen ihnen mit der Aufhebung der akademischen Gerichts-  
barkeit in deren jetziger Gestalt allerdings gebiet ist. Das letzte  
Wort in der Sache behält, wie sich von selbst versteht, der Reichs-  
tag, der schon in der nächsten Session der Angelegenheit näher  
treten wird. Sollte das Syndikat zugelassen werden, so kommt Alles  
darauf an, die Befugnisse desselben gesetzlich zu regeln, schon damit  
die akademische Jugend durch den Wegfall der Universitätsgerichte  
nicht in eine rechtlich verschlimmerte Lage geräth.

Nach einem vorjährigen Reskript des Finanzministers war fest-  
gesetzt, daß bei der Veranlagung der römisch-katholischen  
Geistlichen zur Klassen- und klassifizierten Einkom-  
mensteuer diejenigen Leistungen aus Staatsmitteln außer Acht zu  
lassen seien, welche in Folge des sogenannten Sperrgesetzes eingeführt  
worden. Ein dazu später ergangenes erläuterndes Reskript wollte,  
daß dieser Grundsatz bei der Ausübung des Einschätzungsgeschäftes  
nur in so weit Anwendung zu finden hätte, als den Veranlagungsbe-  
hörden die Ueberzeugung beivoht, daß eine Wiederaufnahme der Lei-  
stungen aus Staatsmitteln den betreffenden Steuerpflichtigen gegen-  
über noch nicht erfolgt ist. In Ermangelung amtlicher Auskunft hier-  
über sollte es zunächst Sache der in Rede stehenden Geistlichen sein,  
den Veranlagungsorganen jene Ueberzeugung zu verschaffen; infoweit  
aber auch von dieser Seite eine beglückende Mittheilung nicht erfolge,  
und nicht durch Notorität des obwaltenden Verhältnisses ersetzt werde,  
soll es den Veranlagungsbehörden unbenommen bleiben, bei der Ein-  
schätzung von der Annahme der Wiedergewinnung der betreffenden  
Bezüge auszugehen, und den betreffenden Geistlichen die Herbeiführung  
einer etwa erforderlichen Berichtigung der Einschätzung im Rekla-  
mations-Verfahren zu überlassen. Die Regierungsbehörden haben der  
„Voss. Ztg.“ zufolge diese Entscheidungen des Finanzministers bei der  
Veranlagung für das mit dem 1. April 1877 beginnende Veranlagungs-  
jahr als maßgebend den Landräthen insinuiert, und zwar mit der aus-  
drücklichen Bemerkung, daß sie annähmen, es könne nur in ganz selte-  
nen Fällen vorkommen, daß Gemeinde-Vorstände nicht vollständig dar-  
über unterrichtet sind, ob einem bestimmten Steuerpflichtigen gegen-  
über die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen erfolgt sei  
oder nicht. Wo dies aber nicht zutrefte oder nur leise Zweifel in dieser  
Beziehung vorhanden seien, da sollten die Gemeinde-Vorstände bei der  
Aufstellung der Einkommens-Nachweisung die Wiederaufnahme der  
Leistungen als erfolgt betrachten und bei der Berechnung in Ansatz bringen.

In einer statistischen Arbeit des Geh. Rathes Dr. Engel aus  
dem Jahre 1875 über „Gründungen“, zeigt sich, daß in der Zeit  
bis zum 30. Juni 1870 410 Gesellschaften mit 1,026,172,455 Thalern  
Aktienkapital in's Leben gerufen wurden, in den 4½ Jahren vom  
1. Juli 1870 bis zum Ende 1874 dagegen 1857 Gesellschaften mit  
1,429,925,925 Thlr. Aktienkapital. Diese Ziffer bezeugt hinlänglich die  
plötzliche Ausdehnung der Aktienunternehmungen. Der Verfasser beleuch-  
tet den neuen Charakter der Aktienunternehmungen seit Juli 1870 im  
Verhältniß zu den früheren, der Form nach gleichartigen Unterneh-  
mungen. Es ist unmöglich, dabei den zeitlichen Zusammenhang zu  
übersehen zwischen dem Gesetz vom 11. Juni 1870, welches das Er-  
forderniß der staatlichen Genehmigung der Aktien-Gesellschaften im  
preussischen Staat aufhob, und dem veränderten Charakter der seit-  
dem hervorgetretenen Unternehmungen. Diesen neuen Charakter be-  
zeichnet der Verfasser folgendermaßen:

„Bis dahin war die Errichtung von Aktiengesellschaften fast ohne  
Ausnahme nur Mittel zum Zweck, und zwar zum Zweck einer pro-



duktiven gewerblichen oder kommerziellen Unternehmung; von da ab hingegen wird die Errichtung Selbstzweck in so fern, als es sich für die Unternehmer in der großen Mehrzahl der Fälle, wenn nicht lediglich, jedoch vorwiegend darum handelt, bereits vorhandene Werthobjekte in ideelle Antheile, Aktien, zu zerlegen, d. h. zu mobilisiren, hierbei lukrative Geschäfte zu machen, im Uebrigen aber, sobald das Geschäft gemacht, die neue Gesellschaft ihrem Schicksale zu überlassen."

Der Verfasser stellt fest, daß in dieser Erscheinung eine doppelte Ueberproduktion zu Tage trat. Erstlich eine Ueberproduktion neuer Unternehmungen und zweitens eine Ueberproduktion neuer beweglicher Werthe oder Werthzeichen, d. h. Aktien. Die Folgen einer solchen Ueberproduktion konnten nicht ausbleiben. Der Verfasser zeigt, daß man diese Folgen nicht an erster Stelle den bei den Gründungen vielfach vorgekommenen Leichtfertigkeiten, Unredlichkeiten und Betrügereien zuschreiben hat. Der Hauptgrund der Leiden und wirtschaftlichen Uebelstände, welche bald hervortreten sollten, lag in der Ueberproduktion selbst. In dieser Beziehung sagt der Verfasser:

"Es war nicht möglich und wird nie möglich sein, in der kurzen Zeit von zwei bis drei Jahren, und noch dazu nachdem nur wenige Monate vorher eine Menge durch den Krieg hingeraffter und erworbensfähig gewordener Männer der Produktion entzogen worden sind, so viele Hände zu finden, daß sie neu zugeführte 1430 Millionen Thaler nutzbringend werden lassen können. Dazu gehören, wenn man annimmt, daß der von einem normalen Arbeiter in einem Durchschnittsjahre zu schaffende Produktionswerth etwa 1200 Thlr. beträgt, in Preußen allein 1,200,000 neue Arbeitskräfte, die nicht vorhanden waren. Man kann nicht entgegenstellen, daß es für die in Aktien-Unternehmungen umgewandelten Privat-Unternehmungen keiner neuen Kräfte bedurft hätte. Denn entweder zog sich der frühere Besitzer aus dem Geschäft mit dem Kaufpreis zurück, oder er blieb dabei theilhaftig. In beiden Fällen mußte er das ihm gewordene Kapital nutzbar zu machen suchen, was zuletzt nur durch neue produktive Arbeit geschehen konnte. Kein Wunder also, daß eine riesige Nachfrage nach Arbeitskräften, eine nie dagewesene Lohnsteigerung entstand. Hätte man für die höheren Löhne bessere, mehr schaffende Kräfte als die bisherigen erlangt, so wären die Arbeitsleistungen allerdings nicht so gesunken, wie es jetzt beklagt wird; allein eine Rentabilität wäre trotzdem kaum erzielt worden; die dann eingetretene Ueberproduktion der Gebrauchswerthe hätte sie nothwendig vernichtet."

Nach der „Westf. Ztg.“ kommen aus Fabrikantenkreisen noch immer Klagen über die Verringerung der Konfurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, die angeblich durch die zum Schutz der jugendlichen Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen resp. deren strikte Beobachtung herbeigeführt wird. So heißt es in einer kürzlich seitens des Vereins der rheinisch-westfälischen Wollindustrie an den Reichskanzler gerichteten Petition, welche eine Modifikation der Handelsverträge in schutzvollerem Sinne — natürlich nur für den eigenen Industriezweig — fordert, u. A.:

„Ein der auswärtigen Industrie in so hohem Maße zu Gute kommender Vorzug beruht in der Verschiedenheit der Gesetzgebung über die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter. Die Spinner Frankreichs, Belgiens und Englands sind nicht verhindert, Knaben und Mädchen schon von 8—9 Jahren in den Fabriken zu beschäftigen, während in Deutschland die Arbeitszeit für Kinder von 12—14 Jahren auf 6 Stunden pro Tag beschränkt ist; für Kinder von unter 16 Jahren auf höchstens 10 Stunden täglich und nicht nach 8½ Uhr Abends ausgeübt werden darf. Die Nacharbeit wird hierdurch in Deutschland unmöglich gemacht; im konkurrierenden Ausland aber, namentlich im benachbarten Belgien arbeitet der Spinner mit wechselnden Arbeitern und Kindern Tag und Nacht ohne Unterbrechung, ohne Arbeitermangel, und produziert mit derselben Kapitalanlage, bei billigeren Löhnen die Hälfte mehr, als bei übrigens gleicher Leistungsfähigkeit und Höhe der Technik in Deutschland möglich ist. Er bildet sich durch das frühzeitige Anlernen der Kinder einen Arbeiterstand, dessen Geschicklichkeit und mechanische Fertigkeit der Deutsche niemals ganz zu erreichen vermag."

Der Verein der rheinisch-westfälischen Wollindustrie hat wenigstens Scham genug gehabt, in der Petition nicht die direkte Aufforderung laut werden zu lassen, die betreffenden Gesetzesbestimmungen den hier kundgegebenen Anschauungen entsprechend umzugestalten, wenn auch aus obigen Sätzen unzweifelhaft hervorgeht, daß man eine derartige Revision für notwendig hält. Wir hoffen, daß sich eine Fehlung der deutschen Industrie auch auf anderem Wege, als über Kinderleiden und körperliche und geistige Verkrüppelung der in den betreffenden Industrien heranwachsenden Generationen ermöglichen lassen wird.

**Wien, 22. August.** Schon früher wurde mitgetheilt, daß an den Bischofsverweyer Hahne Seitens des Oberpräsidenten die Aufforderung ergangen sei, die zahlreichen erledigten Pfarrstellen im preussischen Antheile der Diözese endlich zu besetzen. Wie die „Börs. Ztg.“ jetzt „aus bester Quelle“ erfährt, hat der Bischofsverweyer im weiteren Verfolge dieser Sache dem Oberpräsidenten auf dessen Anforderung ein genaues Verzeichniß aller disponiblen Geistlichen innerhalb der ganzen Diözese, also auch des Weimarschen Theils, vorgelegt, und zwar unter Angabe des Alters, der bisherigen und gegenwärtigen Stellung u. dergleichen. Auf Grund dieses Nachweises soll nunmehr festgestellt werden, welche dieser Priester nach ihrer derzeitigen Beschäftigung abkömmlich sind, damit der Bischofsverweyer aufgefordert werden kann, diese Geistlichen in die verwaisten Kirchspiele zu schicken. Die betreffenden Landrathsämter haben den Auftrag erhalten, alsbald die nöthigen Erhebungen anzustellen.

**Marpingen, 20. August.** Der Muttergottesfestwunder in Marpingen — so berichtet die „Saarb. Ztg.“ — dauert immer noch fort. Wohl hat das Landrathsamt von St. Wendel das Betreten der Forstdistrikte Hirtswald und Schwannbeck, im Gemeindegewalt von Marpingen, ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubniß des Bürgermeisters von Alsenner verboten und ist strenge Bewachung der angeblichen Wunderstätte bei Tage angeordnet. Da nun bei Tag die Wunderthätigkeiten nicht mehr ankommen können, so erfolgt der Besuch der Stätte und Quelle bei Nacht, und zwar in der letzten Zeit in ziemlich starker Weise. Die Leute warten in irgend einem Wirthshause der Gegend das Hereinbrechen der Dunkelheit ab und begeben sich, geführt von ortskundigen Personen mit mitgebrachten Fackeln und Krügen an die Quelle, füllen dieselben dort und nehmen Erde in Säcken mit sich. Hiebei steht sich auch der Landrath von Saarlouis in folgender Bekanntmachung veranlaßt: „Trotz der wiederholt publizirten Bekanntmachung des Landrathsamtes von St. Wendel dauern die Zuzüge aus dem hiesigen Kreise nach dem sogenannten Gnadenort bei Marpingen an. Da das Betreten der betreffenden Distrikte polizeilich verboten ist, so warne ich hienüt jeden Kreisangehörigen vor dem Besuch fraglichen Ortes, da ihm eventuell Arrestirung und Verurteilung bevorsteht. Saarlouis, den 17. August 1876. Der kgl. Landrath. Deven's." Inzwischen hat sich die Wunderheerei auch nach St. Wendel verbreitet. Schon mehrere Abende ziehen gegen 9 und 10 Uhr einzelne Haufen Leute nach Gutsberg, um die himmlische Musik zu hören, welche Posaunenengel zum Ergötzen der gläubigen ProzeSSIONen und Leidenbegünstigten wahrzunehmen. Von einem Augenzeugen wird folgendes mitgetheilt: „Ich ging mit einem Kameraden am 12. d. M. Abends in den Straßen von St. Wendel spazieren, wo wir hörten, daß an diesem Abend auf dem Wege nach dem Langensfelderhose ein Wunder zu sehen sei. Wir gingen dahin und fanden gleich oberhalb St. Wendel über dem Steinbruch eine Anzahl Menschen, etwa 150 an der Zahl, gelagert. Wir lagerten uns auch dahin, als nach längerem Warten auf einmal einige Stimmen riefen: Jetzt kommen sie! Die ganze Menge erhob

sich und etwa 30 bis 40 der Leute wollten eine Prozession bilger durch die Luft schweben sehen. Da ich nichts sehen konnte, so fragte ich einen älteren Mann aus St. Wendel, wo es denn sei. Derselbe deutete mir die Richtung an, allein ich konnte nichts sehen; als ich ihm dies bemerkte, bot er mir ein Paar Ohrfeigen an, weil ich nichts sehen wollte! Hierauf machte ich mich aus dem Staube."

**Thann (Ober-Elsass), 19. August.** [Grenzverletzung durch französische Soldaten.] Von hier wird berichtet: Am 15. d. Mts., also am Tage nach Mariä-Himmelfahrt (bekanntlich früher als Napoleonstag gefeiert), wurde den Bewohnern der nunmehr deutschen Grenzorte Oberfulbach, Morzweiler und Aue, sämtlich im Kanton Masmünster gelegen, eine seit dem Jahre 1870 nicht mehr dagewesene Erscheinung zu Theil. Es zeigte sich nämlich eine Abtheilung berittener französischer Artillerie von etwa 15 Mann, zusammengefaßt aus 1 Lieutenant, 2 Unteroffizieren, mehreren Gefreiten und Gemeinen auf ihren Dienstsitzen in vollem Schmuck der französischen Uniform und wohlbewaffnet. In Oberfulbach wurde Halt gemacht und der kriegerische Muth mit einigen Litern elässer Weines aufgeschloßt. Ganz behaglich mag es den kühnen Reitern nun doch nicht gewesen sein, denn sie fragten vorsichtig, ob nicht preussisches Militär in der Nähe sei; die nächste Garnison ist, beiläufig gesagt, in Mühlhausen, etwa 6 Stunden von den mit dem Besuche beehrten Ortschaften entfernt. Als Zweck ihres Besuches gaben die Herren an, das Elsass, welches sie doch bald wieder erobern würden, sich ein wenig ansehen zu wollen. Ein Abends zwischen den Grenzaufsehern und Bauern entstandener Wortwechsel dürfte lediglich auf den sicher nicht gewünschten Besuch zurückzuführen sein. Die Untersuchung in Betreff dieser übermüthigen Grenzverletzung ist bereits im Gange.

**Bern, 21. August.** Laut einem vom Direktor der Trajekt-Anstalten auf dem Bodensee, dem Herrn Möller, abgegebenen Gutachten ist es auch mit der anlässlich der Rekonstruktion des Gott-harzbahn-Unternehmens vorgeschlagenen Trajekt-Schiff-Verbindung auf dem Vierwaldstättersee nichts. Da nämlich ein Trajekt-Dampfer ohne große Vertheuerung von Luzern nach Fäulen nicht in weniger als 5½ Stunden gelangen kann und zum Ein- und Ausladen der Züge zwei Stunden gehören, so kommt ein solcher Dampfer hin und her bei zwölftündigem Fahrdienste in den Sommermonaten nur auf 1½ und in den Wintermonaten nur auf eine Fahrt in 24 Stunden. Dabei betragen die Bauausgaben für die Landungsvorrichtungen nahezu 4 und die für die 14 Dampfschiffe 8½, zusammen 12½ Mill. Frs., während die Betriebskosten jährlich sich auf 2,078,000 Frs. belaufen würden; bei 500,000 Tonnen Frequenz aber würden die Baukosten auf 15 und die Betriebskosten sogar auf 2½ Millionen Frs. steigen. Der Kostenaufwand für die Trajekt-Schiff-Verbindung auf dem Vierwaldstättersee würde, nach der „Köln. Ztg.", nur einige Millionen weniger kosten, als die Bahn Immensee-Fäulen, während ihre Betriebskosten dreimal mehr als die dieser Linie betragen würden. Dazu kommt nun noch die natürliche Beschaffenheit des Vierwaldstättersees, welche der regelmäßigen Verbindung mittels Schiffahrt die verschiedensten Hindernisse in den Weg legt, so daß dieselbe den Ansprüchen eines großen internationalen Verkehrs nie und immer werde entsprechen können. — Laut Mittheilung eines Augenzeugen in der „Burg. Ztg." war der Menschenandrang auf Schloß Arenenberg am Napoleonstage nichts weniger als großartig. An dem Tage selbst fuhren einige Zweispänner ab und zu und brachten noch ein halbes Duzend Gäste herbei. Etliche Touristen mit dem rothen Bänder gegen allfällige Mißthimmung bewaffnet, hatten sich ebenfalls eingefunden. Von dem umwohnenden Volke mochten ungefähr zwanzig Personen anwesend sein. Den Festzug nach der Kapelle Vormittags 11 Uhr eröffnete Prinz Louis Napoleon, ihm zur Linken seine Mutter Eugenie, dann noch einige Damen und 8—10 Herren, worunter Pietri. Der Prinz grüßte das anwesende Publikum sehr aufmerksam und schritt stramm ausgerichtet dem Kirchlein zu. Auch die Kaiserin grüßte mit einer gewissen Verbindlichkeit. Die Messe, welche der Pfarrer von Ermingen las, war still, ein fast unhörbares Gemurmel, und das Beste daran, daß sie kurz war. Anscheinend andächtig waren von den Anwesenden nur die Kaiserin und ihr Sohn. Nachdem die religiöse Feier zu Ende war, begab sich Alles auf den Platz des Schlosses; hier unterhielten sich die Herrschaften; einige Kinder reichten Blumensträuße dar; mehrere fürstliche Personen verabschiedeten sich bereits wieder und auch die eingeladenen Gäste traten bald den Rückweg an. Kein Hochruf, weder in französischer noch in deutscher Sprache, wurde vernommen, keine Fahne war aufgezogen, keine Dekorationen waren zu sehen.

**Paris, 22. August.** Die Rede des Ministers des Innern bildet das Hauptereigniß des Tages. Marcère hat das Verdienst, die Stellung der Regierung zu den großen schwebenden Fragen offen und freimüthig ausgesprochen zu haben. Freilich kann nicht jeder das feste Vertrauen theilen, welches er auf die Bekändigkeit der Republik setzt und das ihn bis zu dem Ausspruche: „Es giebt keine Parteien mehr in Frankreich!" führt; auch ist dasselbe durch die vom Minister selbst gegebene Darlegung der vielfachen von Frankreich durchgemachten Verfassungs- und Regierungs-Experimente keineswegs begründet. Orleansisten und Bonapartisten arbeiten ganz offen an dem Sturze der Verfassung, und Zweifel daran, daß die Republik alle ihr noch bevorstehenden Kämpfe glücklich überwinden werde, sind um so eher gerechtfertigt, als das Staats-Oberhaupt und ein Theil seiner Generale und Beamten sich nach wie vor schämen, sich Republikaner zu nennen. Bedeutungslos sind die Aeußerungen des Ministers über die kirchliche Politik; sie bestätigen, meint die „A. Ztg.", daß er seinem Kollegen Waddington eine feste Stütze und eben so wenig geneigt sein wird wie dieser, auf diejenigen, welche sich für „die privilegierten Vertheidiger der Interessen der Religion ausgeben und königlicher sein wollen als der König", Rücksicht zu nehmen. Das Organ des Bischofs von Orleans, La Défense, eröffnete sofort beim Bekanntwerden der Rede beständige Angriffe gegen den Minister, „der kaum anders gesprochen habe, als ein radikaler Volksstribun" es thun würde. Ganz außer sich ist das Univers. Es wirft dem Minister vor, er bedrohe die religiösen Interessen auf's Schlimmste durch die Ernennung zahlreicher Beamten, die sich offen als Gegner der Religion zeigten, die geradezu unwürdig wären, Beamte des Staates zu sein. Anspielung auf die Enthüllungen des „Frangais". „Aber", sagt das ultramontane Blatt, „es giebt noch eine Rettung; diejenigen Personen, welche, wie der Minister sagt, stets geneigt sind, die Thätigkeit der Regierung zu hemmen, werden nicht aufhören, gegen die ungesunde Idee derselben zu arbeiten, bis endlich das ganze System zu Falle kommt. Die übermüthigen Worte des Herrn de Marcère können den Anspruch des Erzbischofs von Paris, die Republik werde christlich sein oder

untergehen, nicht zu nichte machen, und er wird begreifen müssen, daß die Republik, wenn sie sich nicht ändert, ihrem baldigen Ende entgegengeht." Auch die Bonapartisten, Legitimisten und Orleansisten sind wüthend auf den Minister, der es gewagt, zu behaupten, sie hätten keinen Anhang mehr im Lande. Von den republikanischen Blättern dahingegen wird die Rede mit großem Beifall aufgenommen.

**Kopenhagen.** Die dänische offizielle „Korrespondenz vom Sund" bringt folgenden gekürzten Artikel:

„Wie man sich erinnert, überreichte der schleswigsche Abg. H. Lassen von Nyabild im April d. J. dem preussischen Abgeordnetenhaus eine Petition von 400 schleswigschen Bürgern, worin diese das Haus im Namen der Nordschleswiger baten für die Ausführung des Art. V. des prager Friedens mitzuwirken. Von dieser Petition verlor nichts, bis sie Lassen mit einem Schreiben des Bureauverwalters des Abgeordnetenhauses zurückgeschickt wurde. Letzteres lautet wie folgt: „Begen des Schlußes der Session hat die von Ihnen überreichte Petition vom 7. April d. J. im Plenum nicht zur Verhandlung kommen können. Dieselbe wird Ihnen anbei zurückgeschickt, nach Vorschrift der Geschäftsordnung, zufolge welcher alle Angelegenheiten als erledigt zu betrachten sind, die vor dem Schluß der Legislaturperiode nicht zum Abschluß gekommen." Dies ist die dritte Petition schleswigscher Wahlmänner, die im Laufe der Jahre unbeantwortet von Berlin zurückgekommen ist. Die „Dannebrog" bemerkt, daß dies die Weise kennzeichnet, auf welche man in Berlin die Beschwerden der dänischen Schleswiger empfängt, und darin hat das Blatt Recht. Denn dieses Uebergehen einer Petition, die von einer ganzen Bevölkerung kommt, zeigt schlagend, daß die Kammer fühlt, wie schwach der Grund ist, auf dem sie in dieser Sache steht. Sie kann nicht leugnen, daß Preußen durch einen Vertrag gebunden ist den Theil von Schleswig an Dänemark zurückzugeben, in dem das Volk frei für eine solche Aufgabe stimmt. Sie kann auch nicht leugnen, daß diese Verpflichtung jetzt zehn Jahre unerfüllt daheißt, und daß Preußen keinen Grund für die Verletzung einer internationalen Rechtsbestimmung anzuführen hat. Aber eben darum mag sie nicht daran erinnert sein, was Preußen Europa, Dänemark und den Nordschleswignern schuldet und leidet den letzteren nur taube Ohren, wenn sie in Berlin ihre Bitten und Klagen vorbringen. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann die Kammer dies fast unbemerkt thun; aber der Vertrag besteht und die Nordschleswiger, die trotz aller Verheißungen vergeblich dänisch geblieben sind und ihre Liebe zum Mutterlande bewahrt haben, werden fortfahren Deutschland an seine Verpflichtung zu erinnern, bis das deutsche Volk und die preussische Regierung fühlen, daß ein großes Volk, das behauptet, seine Existenz beruhe auf einer sittlichen Grundlage, sein Versprechen erfüllen muß, wenn auch ein Bruch ihm bequemer erscheinen sollte. — Die genannte Petition hat ein die Verhältnisse in Schleswig kennzeichnendes Nachspiel gehabt. Die schleswigsche Regierung hat nämlich mehrere Gemeindevorsteher, welche die Petition als Wahlmänner unterschrieben hatte, zu einer Geldbuße von 50 M. verurtheilt, wobei deren Stellvertreter zu erkennen gegeben wurde, daß sie diesmal ohne Geldbuße davon kämen, daß aber im Wiederholungsfall sowohl sie als die Vorsteher die strengste Anwendung des Gesetzes zu gewärtigen hätten. Die bestraften Gemeindevorsteher werden die Sache vor eine höhere Instanz bringen und es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die Strafe in Wegfall kommt. Charakteristisch bleibt es immerhin, daß die schleswigsche Regierung die Unterschreibung einer Petition behauptet, die Ausführung einer vertragmäßigen Bestimmung als strafbar ansieht."

**Belgrad.** Anlässlich des serbisch-türkischen Friedensschlusses scheint der drei-Kaiser-Bund wieder in Aktion treten zu sollen und, wie man dem „N. W. Tagb." meldet, ist Oesterreich mit der Führung der Aktion betraut worden. Es mag also auch vornehmlich der Fürsprache des Grafen Andrássy zuzuschreiben sein, wenn die Türkei ihre Forderungen ermäßigte. Als Thatfache wird mitgetheilt, daß die österreichische Regierung sich energisch den türkischen Staatsmännern gegenüber dahin ausgesprochen habe, man dürfe nichts von Serbien verlangen, was die Friedenshoffnung von vorübererreichbaren würde. Den Großmächten, namentlich aber dem drei-Kaiser-Bunde, liege vor Allem daran, im Oriente dauerhafte Zustände zu schaffen. Es wäre daher nicht unbedenklich, schon durch einen Serbien auferlegten onerösen Frieden einen Gährungsstoff im Fürstenthume zu schaffen, welcher sowohl die Konsolidirung der Zustände nach Innen, als auch die Gestaltung erspriesslicher Verhältnisse der Pforte gegenüber unmöglich machen würde. Wie von anderer Seite berichtet wird, soll Serbien auch bereit sein die Friedensfrage ernstlich zu erwägen, doch erst, nachdem die Entscheidung vor Alexinas gefallen ist. Nikit habe bereits seinen Standpunkt dem eventuellen Frieden gegenüber in einer Note dargelegt, deren Abhandlung unmittelbar nach dem Ausgange der vielversprechenden Schlacht unter den Mauern von Alexinas geschehen soll. Mittlerweile wird um diese Entscheidung mit furchtbarer Erbitterung gerungen, der blutige Kampf währt nun bereits seit 5 Tagen ohne Unterbrechung. Das Ende dieser Schlachtstage dürfte zugleich der Anfang vom Ende des Krieges sein.

Vom türkisch-montenegrinischen Kriegsschauplatz wird der „Politischen Korrespondenz" aus Ragusa vom 22. d. Folgendes gemeldet:

Wiewohl die Türken bei Bucidol in eklatanter Weise geschlagen wurden, vermochten die Montenegriner nicht einen Vortheil aus dem Siege zu ziehen. Die Schlacht von Bucidol wäre glänzender und vortheilhafter für die Montenegriner ausgefallen, wenn während derselben nicht sechs Bataillone unthätig geblieben wären, welche nach dem Vorschlage des Belo Pavlovic den Fluß überschreiten und die Türken auch im Rücken hätten angreifen sollen. Wäre dieser Vortheil nicht vom Fürsten verweigert worden, so hätte Pavlovic seine Absicht erreicht, Mouhtar Pascha vollständig zu vernichten und ihn nicht den Rückzug nach Bilek offen zu lassen. Der Fehler des Fürsten macht Pavlovic noch immer mißgünstig. Nachdem sich ein guter Theil der montenegrinischen Kräfte aus der Herzogina gegen Albanien wenden mußte, so ist die montenegrinische Armee in der Herzogina unterbrochen und werden die Montenegriner nur schwer die Ankunft von Hilfsmannschaften für Mouhtar hindern können. Die Türken behaupten, daß bereits wiederholte frische Truppen in Trebinje eingelangt seien. Die gegenwärtige Thätigkeit der Montenegriner in der Herzogina beruht auf einer Anordnung des Fürsten, welcher den Seinigen befahl, sich jedes Angriffs auf die türkischen Truppen und die Bevölkerung zu enthalten und lediglich in der Defensive zu bleiben. In dieser Weise werden neue türkische Truppen von den Grenzen Serbiens in der Herzogina eintreffen können.

Die Lage der Türken in Albanien ist gegenwärtig ungünstig. Die Reste des in den Kruce geschlagenen Heeres vermochten nicht sich zu sammeln und von ihrer Panik zu holen. Wie groß die letztere war, erhellt daraus, daß an dem Tage nach der Schlacht die Montenegriner zahlreiche Türken zwischen den Felsen verborgen fanden und deren 240 tödteten. Wenn die Türken den Montenegrinern nicht noch wenigstens 400 Mann entgegenstellen können, so werden alle ihre Auftritteungen sonst sein und ihre Aggressiv-Bewegungen stets verderblich für sie sein. Die Türken in der Herzogina und im nördlichen Theile von Albanien nach und nach aufzureiben, ist das Ziel, welches die Montenegriner im Auge haben. So wird der Krieg in die Länge gezogen werden. Fürst Nikita äußerte sich auch erst jüngstens, daß eine längere Fortdauer des Krieges Montenegro nicht beschwerlich fallen dürfte."



nachdem es mit Lebensmitteln und Geld im Ueberflusse auf drei Jahre und mit Waffen über den Bedarf hinaus versehen sei.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. August

Man schreibt uns: Während der diesjährigen Ernte sind von Truppenteilen des V. Armee-Corps 1544 Mann behufs Ausführung von Ernte-Arbeiten auf c. 14 Tage beurlaubt worden. Bei denjenigen Grundbesitzern, welche sich um Ueberlassung von Mannschaften zu genanntem Zwecke direkt an die Truppen-Kommandos wenden, waltet vielfach der Irrthum vor, als ob ihnen durch Gewährung des Gefechtes eine besondere pekuniäre Vergünstigung zuwandte werden solle. Dies kann nicht der Fall sein. Die Mannschaften verlieren während des Urlaubs den Sold, treten zu dem bez. Grundbesitzer einfach in das Verhältnis von Tagelöhnern und haben Anspruch auf den mit ihnen zu vereinbarenden Lohn.

Der Prozeß gegen den Grafen Stanislaus Plater kommt wahrscheinlich erst im Dezember d. J. in zweiter Instanz vor dem hiesigen Appellationsgerichte zur Verhandlung.

**Polnische Enten.** Die polnischen Blätter suchen sich in der letzten Zeit durch Sensationsnachrichten über Rußland förmlich zu überbieten. So schreibt man dem hiesigen „Diennit“ aus Warschau, daß die russische Regierung jedem Offizier, der in die serbische Armee eintritt, 200 Rubel und jedem Gemeinen 50 Rubel Prämie gewährt. Um dieser Nachricht noch den Trumpf aufzusetzen, fügt die Redaktion des Blattes eine Mitteilung hinzu, für deren Authentizität sie garantiren will. Danach hat die russische Regierung für jeden Offizier, der sich nach Indien in englische Dienste begeben will, 1500 Rubel Belohnung ausgesetzt und ihm außerdem sein gewöhnliches Gehalt garantiert. — Wahrscheinlich gehört diese „authentische“ Mitteilung in das Reich der neulich vom kaiserlichen „Cas“ ausgeschütteten Ente, wonach Rußland ein Stück der Türkei annektiren soll. — Der hiesige „Diennit“ wußte neulich auch wieder über russische „Mordthaten“ unter den Unken zu berichten, was natürlich von den galizischen Blättern eifrig nachgedruckt wurde.

## Aus dem Gerichtssaal.

Moskau, 19. (7.) August. [Ein Mord- = Prozeß,] welcher den Stroussberg-Prozeß — was den Umfang der Angeklagten und die Zahl der Angeklagten anlangt — bei Weitem übertrifft, soll gleichfalls noch im Laufe dieses Jahres vor die Assisen gebracht werden. Es ist dies der Prozeß gegen die Verbindung von Gaunern, welche unter der Firma „Klub der Coeur = Vuben“ schon seit geraumer Zeit in und außerhalb Moskaus ihr Wesen getrieben, indem sie das Publikum durch ihre frechen Betrügereien, Diebstähle u. in Furcht und Aufregung erhielten. Mehrere Mitglieder dieser sauberen Gesellschaft, unter ihnen auch weibliche, haben es versucht, sich durch die Flucht dem Arm der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen, doch ist es der Polizei gelungen, die Flüchtigen wieder einzubringen und es dürfte ihnen schwerlich gelingen, ihrem gegenwärtigen Gewissamen zu entfliehen. Nachdem die langwierige Voruntersuchung geschlossen, hat die Prokuratur die Anklageakte gegen die Verbrecher zusammengestellt und der Uebersichtlichkeit wegen die verschiedenen Verbrechen gruppiert. Derartige Gruppen sollen 30 sein. Die „Russ. Wod.“ bringen in einer ihrer letzten Nummern ein Verzeichnis der Glieder des genannten „Klubs“, unter welchen wir nicht weniger als 10 Edelente genannt finden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**Neue Berliner Stadtanleihe.** Die Genehmigung der neuen Berliner Stadtanleihe von 30 Millionen Mark ist am 23. d. M. durch Vermittelung der Regierung zu Potsdam beim Magistrat eingetroffen. Alle Anträge der städtischen Behörden haben Annahme gefunden. Das königliche Patent, welches in der nächsten Zeit in der Gesessammlung und im Amtsblatt veröffentlicht werden soll, ist „Jniel Mainau, den 17. Juli 1876“ datirt. Der Druck der Anleihebescheine wird nunmehr sofort beginnen.

**Rechte Oder-Elbe-Eisenbahn.** Ueber die von der Börse bereits mannigfach ventilirten Finanzpläne dieser Bahn werden aus Breslau folgende Angaben gemacht: Die Rechte-Oder-Elbe-Eisenbahngesellschaft hat zur Erweiterung ihrer Anlagen und zur Vergrößerung ihres Betriebskapitals in den nächsten drei bis vier Jahren einen Geldbedarf von etwa 4 1/2 Mill. Mk. Statt dieser 4 1/2 Mill. Mk. ist ihr nun von einem Institute eine 4 1/2-prozentige Prioritäts-Anleihe im Gesamtbetrage von 2 1/2 Mill. Mk. offerirt worden. — Durch diese Anleihe soll der wirkliche Geldbedarf in den nächsten vier Jahren gedeckt werden und außerdem sollen die bereits ausgegebenen 5-prozentigen Prioritäten im Betrage von vier Millionen Thaler (12 Mill. Mk.) in 12 1/2 Mill. Mk. 4 1/2-prozentige Obligationen konvertirt werden. — Der von der offerirten Anleihe dann noch verbleibende Betrag von 5 1/2 Mill. Mk. würde zur Deckung eines etwaigen späteren Geldbedarfs der Gesellschaft übrig bleiben. Die Direktion der Gesellschaft hat sich bereits für Annahme dieser Offerte erklärt. Der Verwaltungsrath wird sich erst in diesen Tagen darüber schließig machen und demnächst wird die ganze Angelegenheit einer besonders einzuuberufenden Generalversammlung zur Prüfung und Beschlußfassung unterbreitet werden. Soweit die aus Breslau kommende Nachricht. Die bezügliche Offerte geht von einem Konsortium aus, an dessen Spitze die Diskonto-Gesellschaft und die Firma Jacob Landau stehen und zu welchem eine Reihe anderer Häuser, vorzugsweise in Breslau, gehören.

**Chemnitz, 23. August.** [Produkten = Börsenbericht von Hermann Jastrow.] Wetter: Bewölkt. Weizen unbeachtet, gelber 210—220 Mk., weicher u. bunter 216—228 Mk. Roggen unb., inländ. 186—192 Mk., fremder 160—170 Mk. Gerste (Braun) 170—180 Mk. Hafer 160—190 Mk., Mais 145—156 Mk. Erbsen, Malt und Futter —, Alles pr. 1000 Kilo. Weizenmehl Nr. 00 35 Mk., Nr. 0 33 Mk., Nr. 1 30 Mk., Roggenmehl Nr. 0 28,00 Mk., Nr. 1 27,00 Mk. pr. 100 Kilo.

**Paris, 24. August.** Bankausweis. Zinssumme. 3,784,000 Frs. Laufende Rechnungen der Privaten 7,801,000 „ Abnahme. 7,595,000 „ Vortessuren der Hauptbank und der Filialen 256,000 „ Gesamt-Vorschüsse 8,673,000 „ Notenumlauf 2,440,000 „ Guthaben des Staatschazes.

**London, 24. August.** Bankausweis. Totalreserve 20,672,917 Abnahme 345,489 Pfd. Sterl. Notenumlauf 28,221,815 Abnahme 365,755 „ Barvorrath 33,694,732 Abnahme 711,244 „ Vortessuren 15,945,490 Abnahme 22,400 „ Guth. der Priv. 28,252,255 Abnahme 392,051 „ do. des Staats 5,305,136 Abnahme 184,866 „ Notenreserve 19,935,400 Abnahme 301,945 „ Sicherheiten 15,259,133 Abnahme 200,000 „ Procentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 60% pSt. Clearinghouse-Umsatz 82 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Zunahme 1 Mill.

**Russische Finanzoperation.** Der „Berl. Börs.-Cour.“ bemerkt die von der „Berl. Börs.-Ztg.“ gebrachte und auch von uns

reproduzierte Nachricht über eine beabsichtigte russische Staatsanleihe in Holland und England. Dagegen theilt der „B. B. C.“ mit, daß zwischen London, Amsterdam und Petersburg derzeit anderweitige Verhandlungen im Gange sind, bei denen eine Eisenbahnangelegenheit ihre Rolle spielt. Dieselbe Nachricht bringt auch unterm 24. d. die „B. B. C.“, entgegen ihrer früheren Mittheilung. Als Kern der Sache, schreibt das Blatt, stellt sich fest ein intendirter Verkauf einer großen russischen Bahnlücke heraus, über welchen in London sowohl als in Amsterdam Negotiationen gepflogen werden und durch welche Operation die russische Regierung Summen im Betrage von 120 bis 125 Millionen Rubel frei bekommen würde. Wie es den Anschein hat, ist bereits ein holländisch-englisches Konsortium gebildet, welchem erste Firmen angehören und welches geneigt ist, den bisherigen Bourparlers bestimmte Verhandlungen Folge zu lassen.

**Rein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.** Am 20. c. hielt die süddeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in München eine Generalversammlung ab, welcher der Geschäftsführer der nordwestlichen Gruppe, General-Sekretär Bueck aus Düsseldorf als Gast beizuhönte. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß bezüglich der Zollfrage und der neu abzuschließenden Handelsverträge die von uns bereits mitgetheilten bestimmten, von dem Ausschusse der nordwestlichen Gruppe in der von ihm herausgegebenen Druckschrift aufgestellten 5 Punkte für von der Versammlung angenommen wurden. — In der Eisenbahnfrage erklärte sich dieselbe aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen gegen den Uebergang der deutschen Bahnen an das Reich. Die Versammlung erachtete den baldigen Erlaß eines einheitlichen deutschen Patentschutz-Gesetzes für nothwendig und beschloß sich die Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller dem Zentralverbande deutscher Industrieller anzuschließen und bei den Hauptvereinen zu beantragen, daß auch dieser sich dem Zentralverbande anschließen.

## Vermischtes.

**Die wirtschaftliche Lage und der Bierverbrauch.** Aus Berlin wird geschrieben: Interessant ist es, zu sehen, wie sich die nun schon geraume Zeit anhaltende, in hohem Grade gedrückte wirtschaftliche Lage auch im Bierverbrauche getreulich abspiegelt; gerade die theuren bairischen Biere weisen in den letzten Jahren eine Minusproduktion auf, während die oberrheinischen Sorten (Weiß, Braun, Bitterbier u. dergl.), deren Erzeugung in den Jahren vor der Krisis einen Stillstand erfahren hatte, im Jahre 1874—1875 eine ziemlich bedeutende Steigerung aufzuweisen haben. Das konsumierende Publikum scheint sich daher wieder mehr dem Genuß der billigeren Biere zugewendet zu haben. Von den in Berlin vorhandenen 22 bairischen und 26 Braun-, Bitter- und Weißbier-Brauereien wurden im Jahre 1874 bis 1875 insgesammt an Brauener 1,767,442 M. entrichtet und 554,705 bezw. 298,300 Ztr. Malz gegen 804,605 Ztr. im Jahre 1873 bis 1874 verbraucht, aus denen hergestellt wurden: Bairisches Bier 150,000 Hektoliter und Weiß-, Bitter- und Braubier 775,000 Hektol., also zusammen 1,925,000 Hektoliter. Nach der Zählung vom 1. Dezbr. 1875 beträgt die Bevölkerung Berlins 964,755, mithin entfallen an Steuer 1,83 M. und ein Produktionsquantum von 199 Liter Bier pro Kopf. An zuverlässigen Daten über die Bier- und Ausfuhr fehlt es zur Zeit gänzlich, und daher läßt sich auch nicht feststellen, ob die letztere Zahl allein auch für den Konsum der Berliner Bevölkerung maßgebend ist. Das kaiserl. statistische Amt nimmt an, daß die Einfuhr an Bier in Berlin die Ausfuhr um 100,000 Hektoliter übertreffen.

**Prag, 22. August.** Abends. [Brand der Fischer'schen Delfabrik in Karolinenthal.] Um 5 Uhr in Adam Fischer's Delfabrik Feuer aus. Um 7 Uhr brannten bereits 30,000 Zentner Napf. Um 9 Uhr war die Fabrik niedergebrannt. Eine furchtbare Panik entstand bei dem Gerichte, die nahegelegene Gasanstalt sei gleichfalls in Brand gerathen. Man fürchtete eine Explosion und die Häuser in den umliegenden Stadttheilen wurden schleunigst geräumt. Nach 9 Uhr war die Gefahr beseitigt. Die niedergebrannte Delfabrik ist die größte in Oesterreich. Sie ist mit einer Million Gulden versichert. Das Geld aus der Kasse und die Geschäftsbücher sind noch rechtzeitig gerettet worden. Mehrere Verwundungen sind vorgekommen; ein Feuerwehmann ist wahrscheinlich todt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 24. August.** Der „Politischen Korresp.“ wird unterm 22. d. aus Belgrad geschrieben: Ristic habe zwar mit Rücksicht auf den stattfindenden Kampf, dessen Ausgang möglicherweise die Position Serbiens bei eventuellen Friedensverhandlungen günstiger gestalten könnte, eine bereits vorbereitete Eröffnung an die Garantiemächte, in welcher voraussichtlich deren Vermittelung angerufen werde, noch zurückgehalten. Sobald indeß die Entscheidung bei Alexinas gefallen sei, dürfte das Schriftstück, welches die Friedensfrage offiziell in Flug bringe, ohne Rücksicht auf den eventuellen Ausgang des Kampfes alsbald den pariser Traktatmächten mitgetheilt werden. Vom Kriegs-Minister würden neue Lieferungsverträge nicht mehr abgeschlossen. — Das von einigen Seiten in Umlauf gesetzte Gerücht, daß Oesterreich einseitig Friedensverhandlungen begonnen habe, wird von gut unterrichteter Stelle für unbegründet erklärt und als widersinnig bezeichnet. — Nach hier vorliegenden Privatmeldungen scheint bei dem um Alexinas fortbauenden Kampf der Erfolg sich der türkischen Seite entscheiden zu können.

**London, 24. August.** Lord Russell hat an den Earl Granville eine Zuschrift gerichtet, in welcher eine Session des Parlamentes im Herbst für nothwendig erklärt wird, da die in der Türkei verübten Greuelthaten Verhandlungen mit den europäischen Mächten erschweren, um derartigen Vorkommnissen entgegenzutreten. — Aus Cape Coast Castle eingegangene Nachrichten vom 2. d. M. bestätigen, daß der König von Dahomey alle dort befindlichen Europäer in Wydah gefangen gefügt und ihr Privateigenthum weggenommen hat. Dies und seine Drohung mit Kriegsvorbereitungen und mit Niedermachung aller Europäer hatte große Unruhe hervorgerufen.

**Petersburg, 24. August.** Der „Internationalen Telegraphen-Agentur“ wird über die gestrigen Kämpfe zwischen Risch und Alexinas gemeldet, daß dasselbst die Hauptmacht der Morawa-Armee den Türken unter Gub Pascha gegenüberstehe. Bis 4 Uhr Nachmittags wären die Serben im Vortheil gewesen. Oberst Horvathovic griff von Trebiba aus in den Kampf ein. Derselbe will den Türken in den Rücken fallen. Die Tapferkeit der Serben wird gerühmt. — Hier eingegangene Privatnachrichten bestätigen den Vorstoß der Serben auf Saitchar. Derselbe wurde von Leschanin von Prestovaka Banka aus unternommen.

**Newyork, 24. August.** Die republikanische Partei im Staate Newyork hat Morgan als Kandidaten für die Gouverneurswahl aufgestellt.

**Belgrad, 24. August.** Offiziell wird gemeldet: Gestern am fünften Kampftage griffen die Türken mit aller Macht unsere Stellungen bei St. Stefan an, wurden aber zurückgetrieben. Unsere

Infanterie focht mit großer Bravour, die Artillerie verursachte den Türken enorme Verluste durch konvergirendes Feuer. Nachmittags griffen uns die Türken auch am linken Morawaufer an, wurden aber überall unter Siegesrufen unserer Truppen zurückgeschlagen. Heute Morgens 6 Uhr, als unsere Truppen das Feuer eröffneten, rückte der Feind gegen unsere Verschanzungen vor, wurde aber gezwungen sich zurückzuziehen. Bis zu dieser Stunde sind die Feindseligkeiten nicht erneuert.

## Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

**Frankfurt a. M., 24. August.** Spekulationspapiere zum Schluß fester.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204. 92. Pariser Wechsel 81.12, Wiener Wechsel 167.10. Böhmische Westbahn 153 1/2. Elisabethbahn 132. Galizier 167 1/2. Franzosen 233 1/2. Lombarden 61 1/4. Nordwestbahn 108. Silberrente 58. Papierrente 55. Russische Bodencredit 85 1/2. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 101. 1860er Loose 100 1/2. 1864er Loose 264. 00. Kreditaktien 117 1/2. Dester. Nationalbank 718. 00. Darmst. Bank 105 1/2. Berliner Bankverein 84 1/2. Frankfurter Wechselbank 82 1/2. Dester. Bank 91 1/2. Meiningen Bank 76 1/2. Hess. Ludwigsbahn 99 1/2. Oberhessen 73 1/2. Ung. Staatsloose —. Ung. Schatzanw. alt —. do. do. neue 84 1/2. do. Ostb.-Dbl. II. 59 1/2. Centr.-Pacifc 96 1/2. Reichsbank 155 1/2.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 117 1/2, Franzosen 233 1/2, Lombarden 62.

\*) per medio resp. per ultimo.  
Abends. Effekten = Sozietät. Kreditaktien 117 1/2, Franzosen 233 1/2, 1860er Loose 100 1/2, Papierrente 55 1/2. Ziemlich fest.

**Wien, 24. August.** Ruhig. Kreditaktien wenig beliebt. Bahnen, Banken und Anlagewerthe unsaglos. Goldvalut zum Schluß fester.

[Schlußkurse.] Papierrente 66. 40. Silberrente 69. 80. 1854er Loose 107. 50. Nationalbank 854. 00. Nordbahn 1810. 25. Kreditaktien 140. 50. Franzosen 281. 00. Galizier 200. 25. Risch-Oderberg 93. 50. Pardubitzer —. Nordwestb. 131. 00. Nordwestb. Lit. B. —. London 122. 10. Hamburg 59. 25. Paris 48. 25. Frankfurt 59. 25. Amsterdam 100. 25. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 160. 25. 1860er Loose 111. 50. Lomb. Eisenb. 75. 00. 1864er Loose 133. 70. Unionbank 57. 75. Anglo-Anstr. 72. 75. Napoleons 9. 71. Dukaten 5. 86. Silbercoup. 102. 80. Elisabethbahn 159. 70. Ungar. Bräml. 70. 20. d. Rchbnt. 59. 72 1/2.

Türkische Loose 15. 75.  
Nachbörse: Still, Franzosen matt. Kreditaktien 142. 80, Franzosen 279. 00, Galizier 200. 50, Risch-Oderberger 92. 50, Nationalbank 856. 00, Reichsbanknoten 59. 75, Silbercoupons 102. 40, Napoleons 9. 73.

**London, 24. August.** Nachm. 4 Uhr. Konsols 96 1/2. Italien. 5proz. Rente 72 1/2. Lombarden 67 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9 1/2. 5proz. Russen de 1871 92 1/2. 5proz. Russen de 1872 92 1/2. Silber 52. Türk. Anleihe de 1865 12 1/2. 5proz. Türken de 1869 12 1/2. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1885 —. do. 5proz. fund. 107 1/2. Desterreichische Silberrente —. Desterreich. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbonds 85 1/2. 6proz. ungarische Schatzbonds II. Emiff. 82 1/2. 5proz. Bernauer 15 1/2. Spanier 14 1/2.

Blatzdiskont 7/8 pSt.  
**Paris, 22. August.** Abends. Boulevard-Verkehr. Französische Anleihe de 1872 106. 40, Türken de 1865 12. 50, Egypter 240. 00. Aus der Bank flossen heute 225,000 Fds. Sterling.

**Paris, 24. August.** Schwach, starke Verkäufe.  
[Schlußkurse.] 3proz. Rente 71. 82 1/2, Anleihe de 1872 106. 22 1/2, Italienische 5proz. Rente 72. 80, do. Tabakaktien —, do. Tabakobligationen —, Franzosen 580. 00, Lombard. Eisenbahn-Akt. 160. 00, do. Prioritäten 236. 00, Türken de 1865 12. 40, do de 1869 65. 00, Türkenloose 38. 50.

Credit mobilier 190, Spanier extor. 14 1/2, do. inter. 12 1/2, Suezkanal-Aktien 710, Banque ottomane 381, Sociétés générale 537, Credit foncier 735. Egypter 235. — Wechsel auf London 25. 27 1/2.

## Produkten-Course.

**Köln, 24. August.** Nachmitt. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 22. 00, fremder loco 20. 50, pr. November 19. 40, pr. März 20. 35. Roggen, hiesiger loco 16. 50, pr. Novbr. 14. 40, pr. März 15. 30. Hafer loco 17. 00, pr. Novbr. 15. 85, pr. März 15. 90. Rübsl. loco 35. 70, pr. Oktober 35. 20, pr. Mai 35. 60.

**Bremen, 24. August.** Nachmitt. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 16. 50, pr. Septbr. 16. 50, pr. Oktober 16. 75, pr. November-Dezember 17. 00. Steigend.

**Hamburg, 24. August.** Getreidemarkt. Weizen loco still, auf Termine fest. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen pr. August 186 Br., 185 Gd., pr. Oktober-November pr. 1000 Rilo 192 Br., 191 Gd. Roggen pr. August 144 Br., 143 Gd., pr. Oktober-November pr. 1000 Rilo 148 Br., 147 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rübsl. behauptet, loco 70, pr. Oktober pr. 200 Pfd. 68 1/2, pr. Mai pr. 200 Pfd. 68 1/2. Spiritus matt, pr. August 37 1/2, pr. September-Okt. 38, pr. Oktober-November 38 1/2, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pSt. 39. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum steigend, Standard white loco 17. 00 Br., 16. 85 Gd., pr. August 16. 85 Gd., pr. September-Dezember 16. 90 Gd. — Wetter: Wolkig.

**London, 23. August.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 39,240, Gerste 6520, Hafer 30,600 Dtr.

Neuer englischer Weizen wenig angeboten, Preise unverändert, fremder nominell, angelommene Labungen stetig. Andere Getreidearten ruhig, Preise unverändert. — Wetter: Schön.

**Liverpool, 23. August.** Nachmittags. Baumwoll. (Schlußbericht). Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Unverändert, Ankünfte stetiger, zu gestrigen Preisen Käufer.

Middl. Orleans 6 1/2, middl. amerikanische 6 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 4 1/2, middling Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 3 1/2, good fair Broad —, new fair Domra 4 1/2, good fair Domra 4 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Bernam 6 1/2, fair Smyrna 5, fair Egyptian 6 1/2.

**Amsterdam, 24. August.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. November 278. Roggen pr. Oktober 180.

**Antwerpen, 24. August.** Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen vernachlässigt. Hafer stetig. Gerste unverändert. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 40 1/2 bez., 41 Br., pr. August 40 1/2 bez., 41 Br., pr. September 40 1/2 bez., 41 Br., pr. Oktober-Dezember 40 1/2 bez., 41 Br., pr. Septbr.-Dezember 41 Br. Steigend.

**Paris, 24. August.** Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen ruhig, pr. August 26. 00, pr. September-Oktober 26. 75, pr. September-Dezbr. 27. 00, pr. Novbr.-Februar 27. 50. Mehl ruhig, pr. August 57. 50, pr. September-Oktober 58. 25, pr. September-Dezember 59. 00, pr. Novbr.-Februar 60. 00. Rübsl. behauptet, pr. August 81. 50, pr. September 81. 00, pr. September-Dezember 82. 00, pr. Januar-April 83. 75. Spiritus steigend, pr. August 46. 00, pr. September-Dezember 46. 50.

**Glasgow, 24. August.** Robeisen. Mixed numbers warrants 56 Sch.

**Newyork, 23. August.** Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12 1/2, do. in New-Oreans 11 1/2. Petroleum in Newyork 19 1/2, do. in Philadelphia 19 1/2. Mehl 4 D. 80 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 21 C. Mais (old mixed) 58 C. Ruder Fair refining Muscovados 9 1/2. Kaffee (Rio) 16 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 11 C. Speck (short clear) 8 1/2 C. Getreidefracht 6



Berlin, 24. August. Wind: NW. Barometer: 27,10. Thermo-

per diesen Monat —, August-Sept. —, Sept.-Okt. 186,5—188 bz.,  
Oktbr.-Nov. 190—191,5 bz., Nov.-Dez. 192,5—194 bz., April-Mai 201—  
201,5 bz. — Roggen lofo per 1000 Kilogr. 142—180 nach Qual. gef.,  
neuer inländ. 170—177 ab Bahn bz., russ. 142—147,5 ab Bahn bz.,  
per diesen Monat 145,5—146 bz., August-Sept. do., Sept.-Oktbr. 146—147  
bz., Oktbr.-Novbr. 150,5—151 bz., Novbr.-Dez. 153—154 bz., April-  
Mai 156—157 bz. — Gerste lofo per 1000 Kilogr. 135—171 nach Qual.  
gef. — Hafer lofo per 1000 Kilogr. 145—174 nach Qual. gef., ost- u.  
westpr. 156—162, russ. 145—159, neuer (schl. u. galiz. 150—161, neuer  
pomm. und böhm. 188—164 ab Bahn bz., per diesen Monat 156 bz.,  
August-Sept. —, Sept.-Okt. 149,5—149 bz., Okt.-Novbr. 147,5—147  
bz., Novbr.-Dezbr. 146,5—146 bz., April-Mai 148,5—148 bz. — Erb-  
sen per 1000 Kilo Rohwaare 186—215 nach Qual., Futterwaare 175  
bis 185 nach Qual. — Raps per 1000 Kilogr. 300—315 bz. — Rüben  
en per 1000 Kilogr. 300—310 bz. — Leinöl per 100 Kilogr. ohne  
Faß 59 M. — Rübböl per 100 Kilo lofo ohne Faß 66,5 bz., mit Faß  
per diesen Monat —, August-Sept. 67—66,5 bz., Sept.-Okt. do., Okt.-  
Nov. do., Nov.-Dez. do., Dezbr.-Jan. —, April-Mai 67,8—65,5 bz. —  
Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß lofo 35 bz.,  
per diesen Monat —, August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 33,4—33,8 bz.,  
Okt.-Nov. 33,6—33,7 bz., Novbr.-Dezbr. —. — Spiritus per 1000  
Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. lofo ohne Faß 51—50,8 bz., ab Speicher  
50,4 bz., lofo mit Faß per diesen Monat 50—50,4 bz., August-Sept. do.,  
Sept.-Okt. do., Oktbr.-Novbr. 49,7—50—49,9 bz., Novbr.-Dezbr. 49,5—  
49,3 bz., Dezbr.-Jan. —, April-Mai 51,5—51—51,3 bz. — Wehl.  
Weizenmehl Nr. 0 28—27, Nr. 0 u. 1 25,50—24,75 Mf. — Roggen-  
mehl Nr. 0 24,75—23,50, Nr. 0 u. 1 23,25—21,25 per 100 Kilo. Brutto